

GRÜNDOO
GRÜNE in Dortmund

**MARIO
KRÜGER**



OBERBÜRGERMEISTER FÜR DORTMUND

Nr. 9
April
2010

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Liebe LeserInnen,



es ist schon „echt schräg“ um uns herum. Da liegt als „echter“ Tag aller Dinge der 9. Mai vor uns, ein an sich unschuldiger Frühlingssonntag, an dem sich aber alles entscheidet:

Schwarz-Gelb und die Mehrheit im Bundesrat. Welche Farben auch immer in NRW. Was als vermeintlicher, wahrscheinlich aber „echter“ Schrecken in Sachen Finanzen danach über uns kommen wird und was bisher eben wegen dieser „echten“ Schicksalswahl vor uns schlichtem Wahlvolk verborgen bleiben soll.

Dabei wissen wir alle ganz genau, dass dem Staat auf allen seinen Ebenen, vom Bund bis in die kleinsten Gemeinden, die Puste bzw. das Geld ausgegangen ist und dass wir alle sparen müssen.

Und wir müssen trotzdem mit ansehen, wie immer noch ohne jede Scham unvorstellbar viel Geld verdient wird – vor allem von denen, die in ihrer Gier uns alle in diese Misere getrieben haben.

„Echt schräg“ ist auch unsere Situation in Dortmund. Erstens wegen der allgemeinen Lage. Zweitens wegen der daraus entstandenen Lügen rund um die Kommunalwahl im letzten Jahr. Das war ein „echt starkes“ Stück: die wahre finanzielle Situation zu verschweigen, nur um gewählt zu werden und um Leuchtturmprojekte durchzusetzen.

Das stellt alle, die wählen dürfen, vor die eigentlich ganz leicht zu beantwortende Frage: Kann es so weiter gehen wie bisher?

Wir in Dortmund haben diese Frage für uns geklärt: Klare GRÜNE Positionen beziehen und unsere Vorstellungen vom sozialverträglichen Sparen zur Wahl stellen. Nach der Wahl dann Bündnispartner suchen, die verlässlich sind und nicht uns GRÜNE als billige MehrheitsbeschafferInnen betrachten. So aber hatte

es die SPD von uns erwartet, als es Anfang 2009 um die OB-Kandidaturen ging: Wir sollten von vornherein und ohne Diskussion den SPD-Kandidaten mittragen und alles rund um die Ereignisse nach der Kommunalwahl im Sinne der SPD absegnen! Das ist für uns kein Modell für Partnerschaft.

Womit wir wieder beim 9. Mai wären: Kann ein Oberbürgermeister Sierau das eigene System verändern, so wie es dringend notwendig ist? Unsere Antwort heißt GRÜN und Mario Krüger.

Die nach dem Rücktritt weitergezahlten OB-Gehälter, die Gutachtenkosten, von denen der Auftraggebende OB „nur ansatzweise“ Kenntnis hatte, und vieles mehr gerät nur in Ansätzen in die Öffentlichkeit und sagt nur eines: Veränderung braucht neue Gesichter. Menschen mit Demokratie- und Entscheidungskompetenz, vor allem Menschen mit Respekt vor denen, deren Leben durch diese Entscheidungen nachhaltig beeinflusst wird. Mario Krüger eben. Dieses gilt auf allen politischen Ebenen. Ganz besonders gilt es, wo ein Mensch die Geschicke unserer Stadt in seinen Händen halten soll.

„Echt“ GRÜN in die kommenden Wahlen gehen, für „echt“ GRÜN gemeinsam kämpfen – das muss unser aller Anliegen sein. Besonders wegen der echten Schicksalswahl am 9. Mai 2010.

Macht alle mit – GRÜN macht's ...
In diesem Sinne ein gutes Frühjahr!

Hilke Schwingeler

Hilke Schwingeler
Sprecherin des Kreisverbands Dortmund

Inhalt

Echt schräg

Vorwort: Hilke Schwingeler
Sprecherin des Kreisverbands Dortmund 2

Der GRÜNE Alternative

Mario Krüger als Oberbürgermeister der Stadt Dortmund 4–6

Nur in Brackel: Wiederholung der Wahl für die Bezirksvertretung

Weniger Flughafen – aber mehr Radwege und bessere Jugendarbeit 7

Im Selbstversuch sich selbst blockiert

Christian Nähle über das Soziale am Sozialticket 8

Das neue Vorstandsteam der GRÜNEN in Dortmund

9

Termine

9

Jetzt steht das Wasser Oberkante Unterlippe

von Daniela Schneckenburger 10–11

6 Brief aus Berlin
Markus Kurth

8 Heute: Ralf Biehl
30 Jahre GRÜNE in Dortmund

2–7 Landtagswahl am 9. Mai 2010 eine Chance für Dortmund
Macht mehr GRÜN möglich

IMPRESSUM: GRinDo ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dortmund • Ruhrallee 44 • 44139 Dortmund (Herausgeber)
Tel. 0231 121171 • info@gruene-dortmund.de

V. I. S. D. P.: Hilke Schwingeler (Sprecherin) und Remo Licandro (Sprecher).

FOTOS: Benito Barajas (2), Ralf Biehl (1), Grüne Dortmund (1), Grüne Brackel (1),
Grüne Bund (1), Ulrike Märkel (2), Gerd Schmedes (15), Rita Maria Schwalgin (3),
Jens Woelki (1)

REDAKTION: Jens Woelki

LAYOUT: Gerd Schmedes -> gabak artistic advice

DRUCK: Druckwerk Kollektiv GmbH, Dortmund

AUFLAGE: 1.500 Exemplare • Die Abgabe ist kostenfrei.

DIE GRÜNE ALTERNATIVE: MARIO KRÜGER ALS OBERBÜRGERMEISTER DER STADT DORTMUND

Der alte Platzhirsch der SPD demontiert sich Stück für Stück,
und seine Genossen demontieren fleißig mit.
Der schwarz-gelbe Herausforderer zaudert und zögert – so
recht will und kann er wohl nicht.
Da kommt der langjährige GRÜNE Fraktionssprecher
goldrichtig. Mario Krüger tritt bei der Wahl zum
Oberbürgermeister am 9. Mai erneut an.



Liebe Dortmunderin, lieber Dortmunder,

Wahltag werden gern „historisch“ genannt. Was bietet der 9. Mai 2010? Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie über die neue Zusammensetzung des Landtages und damit über die politische Zukunft Nordrhein-Westfalens. Mittelbar kann diese Wahl auf den Bundesrat wirken und die Zwei-Drittel-Mehrheit von Schwarz-Gelb kippen.

Gleichzeitig wiederholen wir die Wahlen für den Oberbürgermeister in Dortmund sowie für die Bezirksvertretung in Brackel. Diese Wiederholungswahl ist die Konsequenz aus der Veröffentlichung des horrenden Haushaltsdefizits nur einen Tag nach der Kommunalwahl im August letzten Jahres. Unter der Täuschung der WählerInnen im Vorfeld der damaligen Wahl leidet nicht nur das Image unserer Stadt, auch die Demokratie insgesamt hat gelitten.

Ein vom Rat einstimmig in Auftrag gegebenes Gutachten schuf Klarheit. Sein klares Fazit: Die Wahlen müssen wiederholt werden. Für uns GRÜNE stand sofort fest, dass wir dem Votum des Gutachters folgen – im Gegensatz zu anderen Fraktionen. Jetzt bitte ich erneut um Ihre Stimme.

Im Vorfeld der Kommunalwahl war die marode Finanzsituation vieler Städte bekannt. Nicht so in Dortmund. Noch zwei Tage vor der Wahl wurde den Ratsfraktionen schriftlich erklärt, dass es keinen Anlass zur Sorge gibt. Tatsächlich wusste die Verwaltungsspitze um den damaligen Oberbürgermeister zu diesem Zeitpunkt schon lange von einem Haushaltsloch von 160 Millionen Euro. Sicher wäre der Wahlkampf vor dem 29. August 2009 anders verlaufen, wenn die

Oberbürgermeisterkandidaten hätten darlegen müssen, wie sie mit dem maroden Haushalt nach der Wahl umgehen wollen. Diese Diskussionen konnten nicht stattfinden, denn zum Haushalt gab es statt Klartext nur Verschleierungen. Diese Taktik war kein Alleingang des damaligen Oberbürgermeisters – auch die ehemalige Kämmerin sowie der damalige Stadtdirektor (und heutige Kandidat der SPD) kannten die Zahlen.

Das alles zeigt: In Dortmund gab es keine transparente und ehrliche Informationspolitik. Auch wir GRÜNE mussten als damaliger Koalitionspartner feststellen, dass wir nicht gleichberechtigt in alle Abläufe einbezogen waren. Jetzt brauchen wir in Dortmund eine neue politische Kultur mit Transparenz und Ehrlichkeit. Diese neue politische Kultur darf nicht nur herbeigeredet werden, sie muss auch umgesetzt werden und sich in der Realität bewähren.

Entscheidungsprozesse der Verwaltung müssen nach innen und außen transparent und sachbezogen sein. Oft genug war die Besetzung von Stellen in der Verwaltung oder den städtischen Gesellschaften ein Selbstbedienungsladen. Es darf nicht länger sein, dass Stellen in der Verwaltung ohne jede Ausschreibung vergeben werden. Hier und in den städtischen Gesellschaften wollen wir transparente Verfahren bei der Stellenbesetzung, um kompetente und motivierte MitarbeiterInnen zu finden.

Dortmund als Hauptstadt der Chancengleichheit – das ist mein Ziel. Eine verantwortungsvolle Politik setzt sich auch bei knappen Kassen für alle Menschen unserer Stadt ein, unabhängig von Geldbeutel, Bildung oder Herkunft.

Insbesondere für unsere Kinder und ihre Zukunftschancen brauchen wir gute Rahmenbedingungen. Vorrangig müssen wir deshalb mit den noch vorhandenen finanziellen Mitteln die Kinderbetreuungseinrichtungen für unter Dreijährige ausbauen, die Sprachförderung intensivieren und in Ganztagsangebote und Schulgebäude investieren.

Als Oberbürgermeister will ich mithelfen, dass die Schere zwischen Arm und Reich in unserer Stadt nicht immer weiter auseinanderklafft. Ein Baustein dabei ist ein „soziales“ Sozialticket statt weiterer

Investitionen in den hoch subventionierten Flughafen. Das von SPD/CDU/FDP beschlossene neue „Sozialticket“ für 30 Euro ist zu teuer und als 9-Uhr-Ticket wertlos für alle, die frühmorgens Termine haben. Ich setze mich für ein „echtes“ Sozialticket im gesamten VRR ein.

Zu viele DortmunderInnen benötigen zusätzlich zu ihrem Einkommen Leistungen der ARGE. Wir brauchen stattdessen zukunftsorientierte Arbeits- und Ausbildungsplätze, von denen man auch ohne Zusatzleistungen leben kann.

Barrierefreiheit nicht nur bei der Stadtgestaltung, sondern auch in den Köpfen: Das ist meine Devise. Wir brauchen Toleranz und Verständnis im Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen unserer Stadt – aber Null-Toleranz für Rechts!

Als GRÜNER stehe ich für Natur-, Landschafts- und Artenschutz. Das Energie-sanierungsprogramm und den Ausbau regenerativer Energien will ich konsequent fortsetzen. Wir müssen noch stärker Wert legen auf eine ökologische, ressourcenschonende und nachhaltige Stadtplanung. Mit mir wird es weder eine längere Landebahn, noch längere Betriebszeiten des Flughafens geben.

Transparenz, Ehrlichkeit und andere Schwerpunktsetzungen gehören zum Dortmunder Neubeginn. Dafür stehe ich. In den nächsten vier Jahren müssen wir ein Haushaltsloch von rund 620 Millionen Euro bewältigen. Das wird Dortmund nicht alleine schaffen. Wir brauchen deshalb dringend eine Neuordnung der Gemeindefinanzen. Dafür können Sie ganz gezielt Ihre Stimme für die GRÜNE bei der Landtagswahl einsetzen.

Zur Ehrlichkeit gehört auch die klare Aussage, dass Dortmund sparen muss. Hierbei sind innovative Ideen und neue Schwerpunktsetzungen gefragt, damit unsere Stadt sozial bleibt.

Die Aufgaben gemeinsam anpacken und meistern – dafür stelle ich mich zur Verfügung, dafür kandidiere ich zum Oberbürgermeister der Stadt Dortmund. Zeigen Sie mit Ihrer Stimme, dass Sie einer ehrlichen, offenen und verantwortungsvollen Politik eine neue Chance geben. Nutzen Sie am 9. Mai Ihre Stimme für einen Neubeginn!

Ihr Mario Krueger

WWW.MARIO-KRUEGER.DE



MARIO KRÜGER GRÜNER OBERBÜRGERMEISTER-KANDIDAT

PRIVAT

geboren 1957
in Hagen/Schleswig-Holstein,
aufgewachsen in Dortmund,
verheiratet, Patchwork-Familie mit drei
Töchtern, ihren Partnern und bald drei
Enkelkindern

BERUFLICH

Dipl.-Ingenieur für Versorgungs- und
Umwelttechnik, seit über 25 Jahren vor-
wiegend in Ingenieurbüros für Kranken-
haustechnik tätig

POLITISCH

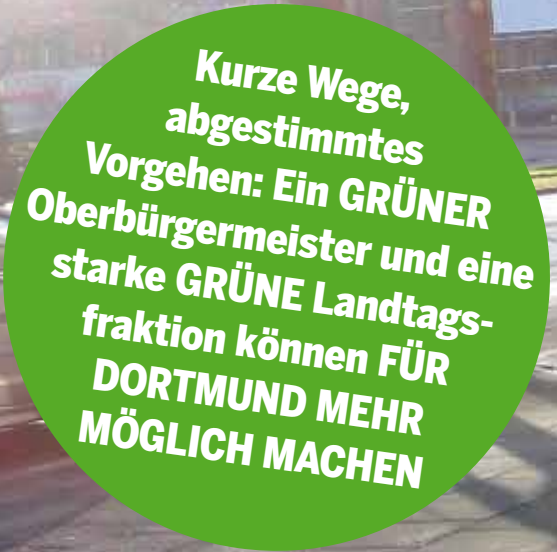
- engagiert seit den 80ern in der Anti-
AKW-, Umweltschutz- und Friedens-
bewegung
- seit 1984 in den Bezirksvertretungen
Lütgendortmund und Huckarde
- seit 1994 im Rat der Stadt Dortmund
- seit 2001 Fraktionssprecher der
GRÜNEN im Rat
- seit 2006 Vorstandsmitglied
Bezirksverband Ruhr
- seit 2004 Fraktionssprecher
der GRÜNEN im VRR

SCHWERPUNKTE DER KOMMUNALPOLITISCHEN ARBEIT

- Haushalt, Finanzen, Planung und Umwelt,
u.a.
- seit 1994 Aufsichtsrat der
Dortmunder Stadtwerke AG (DSW21)
 - seit 2004 Aufsichtsrat der Dortmunder
Energie und Wasser GmbH (DEW21)
und Verbandsversammlung des
Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr,
 - 2004–2009 Aufsichtsratsvorsitzender
der Dortmunder Hafen AG,
 - seit 2009 Aufsichtsrat des
Klinikums Dortmund gGmbH



**9. MAI 2010
IHRE STIMMEN FÜR GRÜN
MARIO KRÜGER ALS
GRÜNER OBERBÜRGERMEISTER
IN DORTMUND
IHRE ERSTSTIMME FÜR DIE/DEN
GRÜNE/N ABGEORDNETE/N
IM LANDTAG
IHRE ZWEITSTIMME FÜR EINE STARKE
GRÜNE FRAKTION IN NRW
UND IN BRACKEL
IHRE STIMME FÜR DIE GRÜNEN
IN DER BEZIRKSVERTRETUNG
MACHT MEHR
MÖGLICH**



**Kurze Wege,
abgestimmtes
Vorgehen: Ein GRÜNER
Oberbürgermeister und eine
starke GRÜNE Landtags-
fraktion können FÜR
DORTMUND MEHR
MÖGLICH MACHEN**



Im Stadtbezirk Brackel klagte keiner der BezirksvertreterInnen gegen die Wiederholung der Wahl – deshalb können nur hier die BürgerInnen am 9. Mai auch für die Bezirksvertretung abstimmen. Am 29. August 2009 hatten die GRÜNEN 14,2 Prozent der Stimmen gewonnen. Heide Kröger-Brenner, Claudia Plieth und Ulrich Begemann als stellvertretender Bezirksbürgermeister bildeten die GRÜNE Fraktion.

Soziale Verantwortung gegenüber Kindern und Jugendlichen ...

Wir wollen die wohnortnahe Kinder- und Jugendbetreuung fördern und unterstützen.

Immer mehr Konflikte mit Jugendlichen und Heranwachsenden treten in den Vordergrund. Wir setzen uns für eine Fortführung der offensiven Jugendarbeit des Jugendamtes ein: Streetworker und offene Treffs (KON). Besonders Angebote wie Miternachtsturniere und Jugendpartys wollen wir weiter fördern; die Freizeiteinrichtungen für Jugendliche besonders durch professionelle Betreuung und Beratung großzügig fördern. Die Kinder im Stadtbezirk brauchen interessant gestaltete Spielflächen und mehr Spielstraßen.

Den kulturellen Einrichtungen im Stadtbezirk wollen wir eine stärkere Eigenständigkeit geben, indem wir sie ausreichend unterstützen. Die vorhandenen Schulen wollen wir erhalten, sinnvoll ausbauen und als kulturelle Mittelpunkte in den Stadtteilen öffnen.

... und gegenüber älteren Menschen

Wir wollen alten- und behindertengerechte Einrichtungen fördern. Die Lebenserfahrung älterer Menschen können wir nutzen, um Probleme zu lösen. Dazu brauchen wir Netzwerke und Schnittstellen für den Austausch zwischen den Generationen. So integrieren wir ältere MitbürgerInnen statt sie auszugrenzen.

Unsere KandidatInnen für die Bezirksvertretung:

1. Ulrich Begemann, 54 Jahre, Informatiker
2. Claudia Plieth, 46 Jahre, Gesamtschullehrerin
3. Heide Kröger-Brenner, 54 Jahre, Lehrerin
4. Thorsten Haselhoff, 27 Jahre, Maler und Lackierer
5. Beate Preckwinkel, 58 Jahre, Gesamtschullehrerin
6. Dietmar Plieth, 46 Jahre, Gebäudetechniker
(keine Kandidatin, aber im Ortsverband aktiv)
7. Mareike Haselhoff, 27 Jahre, Optikerin



BRACKEL:

WENIGER FLUGHAFEN – ABER MEHR RADWEGE UND BESSERE JUGENDARBEIT

Die größten Wohnbauflächen Dortmunds wurden in den letzten Jahren im Stadtbezirk Brackel ausgewiesen: Stadtgärtnerei, Hohenbuschei, Kahle Hege. Die letzten Freiflächen dürfen wir nicht versiegeln. Vielmehr wollen wir unseren Lebensraum ökologisch verantwortbar entwickeln – den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung entsprechend.

Wohnen und Bauen

► Mit den Freiflächen im Stadtbezirk wollen wir sorgsam umgehen. In Neubaugebieten müssen wir Regenwassernutzung, Energie- und Wärmeversorgung sinnvoll regeln. Entsprechende Ansätze im Neubaugebiet Hohenbuschei begrüßen wir. Von der planenden DSW21 aber erwarten wir weitergehende Konzepte für eine dezentrale Wärme- und Energieversorgung, zum Beispiel Kraft-Wärme-Kopplung. Auch Wirtschaftsflächen wollen wir nur ausweiten, wenn dies ökologisch verträglich ist und tatsächlich Arbeitsplätze schafft. Das bedeutet konkret die Freiflächen im Wickeder Süden nicht umzuwandeln, wie es die CDU fordert. Die geplanten Flächen am Buddenacker wollen wir nicht ausweisen.

Schließlich geht es uns darum, den dörflichen Charakter der Hellwegvororte zu erhalten – einschließlich der Freiflächen zwischen den Ortsteilen.

Lebensraum und Verkehr

Auch wir wollen den Hellweg entlasten. Doch die L663n (OWIIIa) durch die Naturschutzgebiete im Wickeder Ostholz weiter zu bauen: Das wäre der falsche Weg. Schneller, umweltfreundlicher und günstiger geht es, wenn wir vorhandene Straßen im Süden nutzen: die neue Westtangente Asseln, die Aplerbecker Straße

und den Osterschleppweg. So können wir die wertvollen Freiflächen im Norden von Asseln und Wickede erhalten.

Wichtig ist die wohnortnahe Versorgung mit Geschäften, kulturellen Einrichtungen und Verwaltungen. Deshalb wollen wir die Zentren der Stadtteile stärken. Wir brauchen kein zentrenschädliches Gewerbe an der Leni-Rommel-Straße. Besser wäre, das Einkaufszentrum Holzwickeder Straße/Ecke Am Funkturm umzugestalten.

Wir leisten Widerstand gegen den weiteren Ausbau des Flughafens und wollen auch nicht das damit verbundene erhöhte Defizit tragen. Den Zuschuss zum Flughafen wollen wir auf ein Minimum reduzieren. Die Tourismusfliegerei müssen wir zurückfahren und die scheinweise Verlängerung der Betriebszeiten zurücknehmen (Stichwort Spätlanderecht).

Schließlich braucht der Stadtbezirk mehr und bessere Radwege: von Hohenbuschei ins Brackeler Feld (an der neuen Kreuzung), von Asseln nach Husen/Kurl (Dreihäuser bis Langerohstraße), am Brackeler Hellweg und an der Wickeder Straße bis zum Ortsausgang. Doch durch die einzige geschützte Fläche im Asselner Norden (das Buschei) sollte kein Radweg gebaut werden. Auch das Park-and Ride-System müssen wir ausbauen und verbessern.



IM SELBSTVERSUCH SICH SELBST BLOCKIERT

Christian Nähle verzichtete auf seine Monatskarte für Bus und Bahn und zieht daraus die Lehre:

Mobilität ist eine tragende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe!

Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet Bewältigung des täglichen Lebens – wie zum Beispiel die mühelose Überwindung von Strecken als Mittel zum Zweck – ohne untypische körperliche Mühen und ohne den Geldbeutel gemessen am Einkommen untypisch zu belasten. Aber Einrichtungen und soziale Treffpunkte des individuellen Interesses sind innerhalb einer (Groß-) Stadt heutzutage weit verstreut und zu Fuß und selbst per Rad manchmal nur schwer zu erreichen – hier bedeutet ein Mangel an Mobilität einen Mangel an Teilhabe.

Ich bin in einer gefestigten Anstellung tätig und verfüge ungefähr über ein bundesdurchschnittliches Jahresbruttoeinkommen. Ich bin also weit entfernt von einer finanziell einengenden Situation. Bis vor knapp 2 Jahren verfügte ich über ein Aboticket der örtlichen

Stadtwerke. Meine monatliche Ausgabe hierfür betrug ca. 45 Euro.

Dann entschied ich mich, das Ticket abzubestellen und den örtlichen ÖPNV mit einem monatlichen Budget von 50 Euro zu bestreiten. Dabei hoffte ich, am Ende des Monats den öffentlichen Verkehr günstiger als bisher mit dem Aboticket genutzt zu haben. Was in dem einen Monat übrig blieb, sollte als Mobilitätsüberschuss in die folgenden Monate Eingang finden. Im Endeffekt lief mein Selbstexperiment allerdings darauf hinaus, dass ich gewöhnlich zweimal überlegte, ob ich Bus und Bahn benutzen wollte. Häufig sagte ich sogar Termine ab, um mir Hin- und Rückfahrtkosten im tatsächlichen Sinne zu ersparen.

Positiv ist, dass ich öfter mein Rad benutzt habe. Aber in der Gesamtbetrachtung habe ich viele Dinge nicht getan, die ich getan hätte, wenn ich über ein dauerndes Ticket verfügt hätte. Ich habe mich selbst eingeengt und blockiert.

Ich glaube, der Effekt, bekannte Fixkosten eines Dauertickets am Anfang des Monats aus einem Budget herauszurechnen, um dann jederzeit in örtliche Bereiche des öffentlichen Lebens gelangen zu können, ist ein starker Ausdruck erfahrbarer gesellschaftlicher Freiheit. Ein Gefühl, welches offenkundig in hohem Maße von AutofahrerInnen geschätzt wird.

Für die Menschen, denen sich die Frage nach dem Bezug eines Abotickets zu üblichen Preisen aus Armutsgründen nicht stellt, bedeutet die Zahlung einzelner Fahrten, durch die sie noch merklicher als normal finanziell belastet werden, eine täglich erlebte Einschränkung ihrer innerstädtischen Beweglichkeit. Daher brauchen wir den Zugang zu einem Sozialticket, das diesen Namen auch verdient, um das heutige Bedürfnis nach Mobilität zu erfüllen und somit gesellschaftliche Teilhabe auch für die finanziell Schwachen zu ermöglichen. ●



DAS NEUE VORSTANDS-TEAM DER GRÜNEN IN DORTMUND

Auf der gut besuchten Jahreshauptversammlung am 11. 3. 2010 bestätigten die Mitglieder des Kreisverbands Dortmund ihre Spitze: Hilke Schwingeler wurde als Sprecherin und Remo Licandro als Sprecher wiedergewählt. Zum neuen Kreisschatzmeister wählten die Mitglieder Tobias Herp. Ihr Dank ging an den auscheidenden Kassierer Stephan Gumbel, der sich nun vermehrt der Arbeit in der Bezirksvertretung Innenstadt-West widmen will. Als Beisitzerinnen wurden Christiane Vollmer, Anja Lohmann und Sigrun Katscher erneut für 2 Jahre bestätigt. Als neue Beisitzerin komplettiert Katja Bender den Vorstand. Der Bundestagsabgeordnete Markus Kurth und die Landesvorstands-sprecherin Daniela Schneckenburger gratulierten dem neuen Vorstandsteam.



TERMINE

22. April ab 15.00 Uhr Platz von Netanya:
„Fair gehandelter Kaffee aus dem GRÜNEN Kaffeemobil“
23. April ab 11.00 Uhr Sven Giegold (MdEP) besucht die Nordstadt
23. April 15.00–18.00 Uhr Radtour mit Daniela Schneckenburger auf dem Konferenzrad an der Rheinischen Straße
24. April Anti-Atom-Demo in Ahaus, 10.00 Uhr Treffen Rathaus (Friedensplatz) Demo zum Dortmund Hbf., Abfahrt nach Ahaus 10.52 Uhr
29. April 14.30–17.00 Uhr Jürgen Trittin: GRÜN MACHT MEHR MÖGLICH TOUR
An der Reinoldikirche mit Daniela Schneckenburger, Ingrid Reuter, Martin Tönnies, Enno Wiesner und Mario Krüger. Mit dabei: Até Logo.
30. April 18.00–21.00 Uhr „Ladies Lunch“, Rathaus, Raum Westfalia mit Daniela Schneckenburger
3. Mai ab 15.00 Uhr „Der GRÜNE Eisbär – Protest gegen den Klimawandel“, An der Reinoldikirche
4. Mai 19.30 Uhr Bildungsveranstaltung
„Schule der Zukunft – leistungsstark, vielfältig und gerecht“ im Dietrich-Keuning-Haus mit der GRÜNEN-NRW-Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann, Daniela Schneckenburger, Waltraud Bonekamp, Anja Nostadt (Bürgerinitiative familiengerechte Bildung und Schule G-IB-8) u. a. ExpertInnen
7. Mai 16.30–20.00 Uhr Wahlkampfhöhepunkt mit Cem Özdemir, An der Reinoldikirche mit Daniela Schneckenburger, Ingrid Reuter, Martin Tönnies, Enno Wiesner und Mario Krüger

BEITRITTSERKLÄRUNG



Hiermit beantrage ich meinen Beitritt zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(bitte deutlich in Druckbuchstaben)

Name _____

Vorname _____

Geschlecht weiblich männlich

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Wohnort _____

Telefon/Fax _____

Handy _____

E-Mail _____

Beruf _____

geboren am _____ in _____

Staatsangehörigkeit _____

Wird vom Vorstand ausgefüllt: Mitgliedsnummer _____

Aufnahmedatum _____

Unterschrift Vorstand _____

Mitgliedsbeitrag:

Der Mitgliedsbeitrag ist ein wichtiges Fundament zur Finanzierung unserer politischen Arbeit. Gemäß der Beitragsordnung zahlen Mitglieder mit steuerpflichtigem Einkommen mindestens 1 % ihres monatlichen Nettoeinkommens. Von diesem Betrag werden 50% von der Steuer zurückerstattet! Mitglieder ohne steuerpflichtigem Einkommen werden gebeten, mindestens 6 € im Monat zu zahlen. Ausnahmen hiervon können beim Vorstand beantragt werden.

Ich zahle laut Beitragsordnung einen festen Mitgliedsbeitrag von monatlich _____ €

Ich zahle: quartalsweise halbjährlich jährlich im voraus.

Ermächtigung zum Einzug mittels Lastschrift (macht uns das Leben leichter).
Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerruflich, den Mitgliedsbeitrag mittels Lastschrift zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank _____

BLZ _____

KTO-Nr. _____

Unterschrift _____

Daten:

Ich bin damit einverstanden, dass diese Daten im Rahmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verarbeitet und gespeichert werden.

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

JETZT STEHT DAS WASSER

Das Dortmunder Haushaltsloch hat bundesweit Schlagzeilen gemacht und eine Wahlwiederholung für den gerade neu gewählten Oberbürgermeister erzwungen. Dabei wäre mit einer sauberen, transparenten Kommunikation mit den Wählerinnen und Wählern alles so einfach gewesen: Dortmund, so hätte die Botschaft von OB und Stadtdirektor lauten müssen, ist kein Einzelfall in NRW, keine Ausnahme unter den arg gebeutelten Städten und Gemeinden und auch keine sozialdemokratische Insel der Glückseligen. Den meisten Städten und Gemeinden in NRW steht das Wasser längst Oberkante Unterlippe – jedenfalls, wenn es um ihre Finanzlage geht.

Sichtbares Zeichen dafür ist der Rekordstand bei den sogenannten „Kassenkrediten“ – kurzfristige, teure Kredite, mit denen die Kommunen versuchen, sich über Wasser zu halten. Sie führen, ähnlich wie der private Dispokredit, zu hohen Zinsbelastungen auch des Dortmunder Haushalts. Die Hälfte aller Kassenkredite bundesweit entfällt allein auf NRW. Davon entfällt wiederum die Hälfte auf die Kommunen im Ruhrgebiet und im bergischen Städtedreieck. Warum ist das so? Können die Städte in NRW besonders schlecht mit Geld umgehen?

Die Antwort lautet: Nein. Das Problem liegt mehrheitlich nicht bei den Städten, auch wenn man das eine oder andere Projekt von Städten unter Kostengesichtspunkten durchaus in Frage stellen darf. Es ist nachweislich so, dass den Städten vor allem Einnahmen fehlen, und sie auf der anderen Seite mit steigenden Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit – wie den „Kosten der Unterkunft“ für Menschen, die ALG II erhalten – zu kämpfen haben.

Auf dem Rücken der Kommunen den Landeshaushalt aufpoliert

Allein im Zeitraum 2006 bis 2008 hat das Land Nordrhein-Westfalen den Kommunen Mittel in Höhe von ca. 2,4 Milliarden Euro vorenthalten bzw. Zuschüsse gestrichen. Gleichzeitig hat es Kosten auf die Kommunen abgewälzt: So wurde der kommunale Anteil an den Investitionskosten für die Krankenhäuser verdoppelt, die Städtebauförderung des Landes wurde drastisch gekürzt, die Erstattungen für die SchülerInnenbeförderung wurden reduziert, die Sachmittel für die pädagogische Arbeit in den Kindergärten massiv gekürzt, und zusätzlich wurden die Landesmittel zum Ausgleich der Elternbeiträge gestrichen.

Die Landtagwahl entscheidet darüber, ob die Städte und Gemeinden eine Chance bekommen, sich wieder freizuschwimmen.

OBERKANTE UNTERLIPPE

von Daniela Schneckenburger

Das heißt im Ergebnis: Die Regierung aus CDU und FDP hat auf dem Rücken der Städte und Gemeinden ihre eigene Kassenlage aufgepoliert. Und diese Zeche zahlen die Menschen in Dortmund, in Bochum, in Hagen und anderswo – mit steigenden Kita-Gebühren, mit geschlossenen Hallenbädern, mit maroden Straßen, mit schließenden Bibliotheken und sinkenden Kulturzuschüssen und mit Schulen, denen die notwendigste Grundsanierung fehlt. Das zerstört Lebensqualität vor Ort und führt dazu, dass genau in den Städten, die durch den Strukturwandel ohnehin mit sozialen Problemen zu kämpfen haben, auch noch die finanziellen Belastungen besonders stark zu spüren sind.

Darum ist die Landtagwahl auch eine Abstimmung darüber, wie es in unseren Kommunen, wie es in Dortmund weitergehen soll.

Denn in der Kommunalpolitik ist es genau andersrum als beim Känguru-Rennen: Mit leerem Beutel lassen sich keine großen Sprünge machen. Und eine arme Stadt können sich nur Reiche leisten.

Worüber wird also am 9. Mai entschieden? Entschieden wird auch darüber, ob diese Politik von CDU und FDP auf dem Rücken von Städten (und den Menschen, die in diesen Städten leben) fortgesetzt wird – oder ob ein politischer Schnitt möglich wird, der den Kommunen zumindest wieder ein Licht am Ende des Tunnels zeigt.

Wir GRÜNE wollen die kommunalfeindliche Politik von CDU und FDP beenden.
Wir wollen eine Politik beenden, die den Kommunen neue Aufgaben überträgt ohne die zugehörige Finanzausstattung.
Wir wollen eine Altschuldenhilfe, damit die Verschuldungsspirale die armen Städte und Gemeinden nicht noch tiefer in den Schuldensumpf zieht.
Wir wollen, dass Investitionen vor Ort wieder möglich werden – und damit Aufträge für das örtliche Handwerk.